Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 96 (2005)

Heft: 24-25

Rubrik: Organisationen = Organisations

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Grundlagen der Versorgungssicherheit



Herbstseminar der SGK in Olten (Bild: sgk).

(sgk) Die Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute (SGK/SOSIN/SNS) widmete das Herbstseminar am 25. Oktober 2005 in Olten der Gewährleistung der Versorgungssicherheit eines Industriestaates. Die Vorträge am Vormittag konzentrierten sich auf die Stromversorgung der Schweiz. Der Nachmittag warf ein Licht auf die Gasversorgung sowie die

Energieversorgung der Schweiz in ausserordentlichen Lagen. Abgerundet wurde der Anlass durch eine Präsentation, welche Ausschnitte aus dem dramatisierten BBC-Dokumentarfilm «If the light goes out» zeigt sowie auf dessen Hintergründe und die Reaktionen darauf eingeht.

www.sns-online.ch

Arbeitsgruppe für Optimierung des Stromleitungsnetzes

(v) Bundesrat Moritz Leuenberger hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche Vorschläge zur Optimierung der Versorgungssicherheit beim Hochspannungsnetz machen soll. Das vom ehemaligen Solothur-Volkswirtschaftsdirektor Rolf Ritschard geleitete Gremium soll die Voraussetzungen für den Ausbau des Übertragungsleitungsnetzes analysieren und Empfehlungen zur Beseitigung von Koordinationsund Verfahrensproblemen machen. Die Arbeitsgruppe ist eine der Massnahmen, die Bundesrat Leuenberger nach der SBB-Strompanne angeordnet hatte.

BUWAL und BWG werden zum Bundesamt für Umwelt

(uvek) Bundesamt für Umwelt (BAFU): So heisst das Amt, welches per 1. Januar 2006 aus dem heutigen Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) und grossen Teilen des Bundesamts für Wasser und Geologie (BWG) entsteht. Der Bundesrat hat die Organisationsverordnung des UVEK am 26. Oktober entsprechend angepasst.

Der Begriff Umwelt wird dabei umfassend verstanden: Dazu gehören Wald, Landschaft und Wasser ebenso wie Artenvielfalt, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung oder Naturgefahren. Der Name Bundesamt für Umwelt signalisiert, dass es nicht einseitig um Um-

weltschutz geht, sondern um die Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen im umfassenden Sinn einer nachhaltigen Bewirtschaftung sowie Schutz vor Gefahren der Umwelt.

Bundesamt für Umwelt

Ende August hatte der Bundesrat entschieden, innerhalb des UVEK die Ressourcen in den Bereichen Umwelt, Wasser und Naturgefahren zu bündeln und hierzu per 1. Januar 2006 das BUWAL und grosse Teile (Naturgefahren, BWG Wasser) zu fusionieren. Der Bundesrat hat die entsprechend revidierte Organisationsverordnung des UVEK verabschiedet. Darin werden die Ziele und Funktionen des neuen Amtes festgehalten, ebenso wie der Name des neuen Amtes: Bundesamt für Umwelt (BAFU). Das neue Bundesamt wird ungefähr 390 Vollzeitstellen umfassen und hat seinen Standort in Ittigen, Bern.

L'OFEFP et l'OFEG deviennent l'Office fédéral de l'environnement

Office fédéral de l'environnement (OFEV), voilà le nom de l'office qui verra le jour le 1er janvier 2006 et qui regroupera l'actuel Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage (OFEFP) et une grande partie de l'Office fédéral des eaux et de la géologie (OFEG). Le Conseil fédéral a modifié aujour-d'hui l'ordonnance sur l'organisation du DETEC en ce sens.

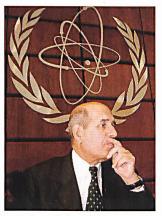
La notion d'environnement est ici comprise au sens large. L'environnement, ce sont aussi les forêts, le paysage et l'eau, tout comme la diversité des espèces, la protection de l'air, la lutte contre le bruit, et les dangers naturels. Le nom de l'Office fédéral de l'environnement signale qu'il ne s'agit pas uniquement de protéger l'environnement, mais aussi d'utiliser les ressources naturelles selon les principes d'une gestion durable au sens large, ainsi que de protéger la population contre les catastrophes naturelles.

Office fédéral de l'environnement

A la fin du mois d'août, le Conseil fédéral a décidé de regrouper les ressources dans les domaines de l'environnement, des eaux et des dangers naturels et de réunir ainsi l'OFEFP et une grande partie de l'OFEG (dangers naturels et eaux) dans un nouvel office fédéral à partir du 1er janvier 2006. Le Conseil fédéral a adopté la révision de l'ordonnance sur l'organisation du DETEC. Cette révision précise les objectifs et les fonctions du nouvel office et en fixe aussi le nom: Office fédéral de l'environnement. L'OFEV, situé à Ittigen, près de Berne, comptera quelque 390 postes à temps plein.

Nobelpreis 2006

Der Friedensnobelpreis 2006 wird Mohamed ElBaradei gemeinsam mit der International Atomic Energy Agency (IAEA), Wien, der er als Direktor vorsteht, verliehen: «Für ihre Bemühungen um Verhinderung der militärischen Anwendung von Atomenergie und ihre friedliche Nutzung so sicher, wie möglich zu machen», wie es im Communiqué hiess.



Dr. Mohamed ElBaradei.

Pensionierte Angestellte berichteten aus ihrem Arbeits-

leben in den verschiedenen Bereichen der KWO. Sie erzählten

von einer einfachen Zeit mit

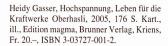
grossen Veränderungen. Ent-

standen sind neun packende

Geschichten über ein Leben für

die grösste Wasserkraftanlage

in der Schweiz.



Die Sonne nutzen – Das Klima schützen – Die Wirtschaft stärken

Das Buch schildert aus der Perspektive deutscher und internationaler Energieunternehmen, welche Anreize und Bedingungen nötig sind, um den Strukturwandel zu beschleunigen. Es gibt eine fundierte, umfassende Information über Zustand und Zukunft der Energieversorgung.

Preuss, Olaf, Energie für die Zukunft, Die Sonne nutzen – Das Klima schützen – Die Wirtschaft stärken, Gabler Verlag 2005, ca. 200 S., Geb., Fr. 52.20, ISBN: 3-409-03445-5.

CO₂-freie Stromperspektiven für die Schweiz

Wie viel die beiden Optionen Wasserkraft und Kernenergie zur Schweizer Stromproduktion in den nächsten 30 bis 40 Jahren beitragen können und zu welchem Preis, hat das PSI im



Pressekonferenz zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen (v.l.n.r.: Edmund Stoiber, Angela Merkel, Franz Müntefering, Matthias Platzeck) (Foto: CDU)

Energiepolitik der neuen deutschen Koalition

(v) «Energiepolitik ist grundlegende Wirtschafts-, Struktur- und Klimapolitik. Eine sichere kostengünstige und umweltgerechte Versorgung mit Energie ist elementare Voraussetzung einer modernen und leistungsfähigen Volkswirtschaft», so die ersten Zeilen des Abschnittes «Energie» im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Budesregierung. Sie sei eng verzahnt mit Industrie-, Technologie-, Mittelstandsund Aussenwirtschaftspolitik. Deutschland brauche daher ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das eine Vorsorgestrategie im Hinblick auf weltweit knapper werdende fossile Ressourcen beinhaltet.

Im Koalitionsvertrag wurde als Ziel «mehr Wettbewerb» bei Strom und Gas festgeschrieben. Die Koalition werde die Auswirkungen der Anreizregulierung aufmerksam begleiten und die Behörden unterstützen, alle kartellrechtlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Die Instrumente des neuen EnWG würden konsequent angewendet, insbesondere bei der Kontrolle, Entgeltfestlegung und Entflechtung. Den Oligopolen soll u.a. durch intensiveren grenzüberschreitenden Wettbewerb entgegengewirkt werden. Dazu müssten Transitkapazitäten Flüssigerdgasstrukturen aufund ausgebaut werden.

Kernenergie: unterschiedliche Auffassungen

Ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept müsse einen ausgewogenen Energiemix zugrunde legen. «Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb kann die am 14. Juni 2000 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und können die darin enthaltenen Verfahren sowie für die dazu in der Novelle des Atomgesetzes getroffene Regelung nicht geändert werden», so der Vertrag. «Der sichere Betrieb der Kernkraftwerke hat für CDU, CSU und SPD höchste Priorität.»

Wichtige Energieforschung

Ein wichtiges Element der Klimaschutz- und Energiepolitik sei der ökologisch und ökonomisch vernünftige Ausbau erneuerbaren Energien. Kraftstoffe und Rohstoffe aus Biomasse könnten einen wichtigen Beitrag zur Energie- und Rohstoffversorgung und zum Klimaschutz leisten. In der Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen, Kraftwerken und Industrieanlagen stecke ein riesiges Potenzial zur wirtschaftlichen Einsparung von Energie. Mit Innovationsinitiative einer «Energie für Deutschland» soll das Land bei modernen Energietechnologien Weltspitze bleiben. «Deshalb brauchen wir eine Energieforschung, die der Dimension der Aufgabe gerecht wird.»

Amendements à la directive européenne sur le commer-ce des émissions

(ee) La Commission européenne a entamé le processus de révision de la directive européenne de 2003 sur le commerce des émissions, ainsi que de la directive de liaison de 2004 incorporant les Mécanismes de Développement Propre (MDP) l'Application Conjointe (AC) du Protocole de Kyoto, en vue de soumettre une proposition au Parlement européen et au Conseil des Ministres en juin 2006. A ce moment, Eurelectric a publié une prise de position contenant des propositions d'amendement desdites directives. Ces amendements amélioreraient le système actuel du commerce des émissions et permettraient de se rapprocher davantage des résultats visés en matière de minimisation des coûts, de respect des objectifs fixés et de compatibilité avec le marché. La certitude et la prévisibilité à long terme de la réglementation étant un enjeu clé pour le secteur de l'électricité, la prise de position souligne que l'allocation à long terme des droits d'émission est capitale pour la planification des investissements et la prise de décisions.

Proposals to Amend the Emissions Trading Directive (2003/87/EC) and the Linking Directive (2004/101/EC) en anglais seulement, disponible sur www.eurelectric.org/Documentation/Positions.

Hochspannung – ein Leben für die Kraftwerke Oberhasli

(kwo) Im Jahr 1932 wurde das erste Kraftwerk der KWO, die Zentrale Handeck 1, fertig gestellt. Damals wohnten hier ganzjährig bis zu elf Familien und mehrere ledige Angestellte. Heidy Gasser, Autorin aus Lungern, wurde neugierig und machte sich auf die Suche nach

Bulletin SEV/VSE 24/25 05